



4. Januar 2015

CHF 4.40 | EUR 4.20
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 1 | 27. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40
Aboservice: 044 404 64 40

Amal Clooney

Wie die Anwältin
der Schweiz hilft

Nachrichten — 6

Auf und davon

10 Trips, die Sie
machen müssen

Reisen — 64

Dario Cologna

Fulminanter Start
in die Tour de Ski

Sport — 23

3° Mittelland Wechselnd bis stark bewölkt mit etwas Sonne, aber meist trocken.

2° Berge Richtung Alpen Niederschläge. Die Schneefallgrenze sinkt bis in tiefere Lagen.

15° Tessin Einige Schleierwolken. Dank böigem Nordföhn meist sonnig und sehr mild.



Kindsmorde: «Grauensvolles Missverständnis»

Flaach ZH Im Fall der Kindstötung in Flaach spricht Kesb-Chef Ruedi Winet von einem «grauenhaften Missverständnis». Die Mutter Natalie K., die ihre beiden Kinder tötete, habe gewisse Signale der Behörden falsch verstanden. So sei die Anweisung, dass der Beistand erst 2016 einen Rechenschaftsbericht hätte abgeben müssen, eine reine Formalie gewesen. Auch sei noch kein abschliessender Entscheid gefällt worden. Die 27-jährige Natalie K. hat am 1. Januar ihrem Sohn, 5, und ihrer Tochter, 2, das Leben genommen, weil sie befürchtete, sie würde ihre Kinder nicht mehr zurückbekommen. Die Kesb steckte den Bub und das Mädchen in ein Heim, nachdem der Vater wegen Verdachts auf Wirtschaftsdelikte verhaftet worden war. [Schweiz — 5](#)

Firmenchefs gehen zuversichtlich ins 2015

Zürich Weder die Stagnation in der Eurozone noch geopolitische Krisen können den Optimismus der Wirtschaftsführer trüben: Sie erwarten ein erfolgreiches neues Jahr. Die Umfrage der SonntagsZeitung zeigt, dass 87 Prozent der teilnehmenden Firmenchefs von einer positiven Konjunktorentwicklung ausgehen. Knapp zwei Drittel rechnen damit, dass das Bruttoinlandprodukt zwischen 1,5 und 2,4 Prozent steigt. Das entspricht etwa der optimistischen Prognose des Staatssekretariats für Wirtschaft, das von einem Plus von 2,1 Prozent ausgeht. Rund ein Drittel der Chefs will Stellen schaffen – weitere 50 Prozent halten einen Personalausbau immerhin für möglich. Die Arbeitslosigkeit veranschlagen die Wirtschaftsführer auf tiefe 3 Prozent. Nur 10 Prozent wollen die Investitionstätigkeit zurückfahren. [Wirtschaft — 31 bis 34](#)

Glosse

P.S. PEters Glosse gegen die Islamisierung Des Abendprogramms, 231. Folge

Backe, backe Kuchen, der Bäcker hat gerufen. Wer will guten Kuchen backen, der muss haben sieben Sachen, Eier und Schmalz, Zucker und Salz, Milch und Mehl, Safran macht den Kuchen geh! So oder ähnlich skandieren es tagtäglich in den Kindergärten die Drei- bis Fünfjährigen. Ein rührendes Bild, das die singenden kleinen ABC-Schützen abgeben. Doch der Eindruck täuscht. Der renommierte Islamist und Arabien-Kenner Dipl.-Ing. (ETH/AHV) Alfred A. Müller-Stechelin, der viele Jahre im Ausland gelebt und gearbeitet hat, weiss, wovon er spricht: «So sollen bereits die Kleinsten auf den Jihad eingeschworen werden.» Denn: «In der Geheimsprache der Gotteskrieger ist «Kuchen backen» ein Euphemismus für «einen Sprengkörper herstellen.» Der «Bäcker» ist in diesem für Laien nicht leicht zu durchschauenden Code der Muezzin, «Eier und Schmalz» bedeuten Ammoniumnitrat und Kaliumperoxid, «Zucker und Salz», «Milch und Mehl» sind Hexogen, Ammonsalpeter, Naphtalin und Aluminiumpulver. «Safran» schliesslich steht für die Zündvorrichtung. «Aber selbsternannte Islamversther wollen uns weismachen, dass es sich bei dieser verklausulierten Bauanleitung um ein harmloses Kinderlied handelt.» Über solche Naivität kann Alfred A. Müller-Stechelin nur den Kopf schütteln: «Wer das glaubt, wird selig.» [Peter Schneider](#)

Hunderte Grippe-Tote wegen ungeimpften Spitalpersonals

Bis zu 300 Patienten pro Jahr sterben in Krankenhäusern an der Grippe. Angesteckt haben sie sich beim Pflegepersonal oder bei den Ärzten



Tiefe Impfquote: Wenigstens gibt es am Genfer Unispital ein Maskenobligatorium

Foto: Julien Gregorio/phovea

Dominik Balmer
und Titus Plattner

Bern In der Schweiz sterben jedes Jahr 100 bis 300 Patienten, weil sie im Spital mit der Grippe infiziert werden – von Ärzten, Pflegefachleuten oder Besuchern. Die Schätzung von Andreas Widmer, Medizinprofessor und Präsident der Spitalhygiene-Vereinigung Swissnoso, basiert auf Auswertungen des Unispitals Genf: Dort erfassen Infektiologen seit drei Jahren Grippefälle, die auf eine Ansteckung im Spital zurückgehen.

Hauptursache für die Todesfälle sind die tiefen Impfquoten des Personals. Vor allem Pflegefachleute lassen sich kaum impfen. Am Luzerner Kantonsspital schützen sich gerade mal 6 Prozent dieser Berufsgruppe vorsorglich gegen die Grippe – Tendenz sinkend.

In Genf muss ungeimpft Personal während der Grippezeit immerhin eine Maske tragen. Andere Spitäler verzichten auf diese Massnahme und weigern sich, die hauseigenen Grippefälle überhaupt zu untersuchen.

Besonders anfällig sind alte Menschen, aber auch schwache Patienten mit Krebs oder Diabetes. Gefährlich kann das Virus aber auch für Neugeborene oder gesunde Erwachsene sein.

In Frankreich und den USA gehören Zahlen zur Personal-Impfquote und den internen Grippefällen längst zu den Qualitätskriterien, die öffentlich verfügbar sind. In der Schweiz sind die Spitäler nicht einmal verpflichtet, diese Daten dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zu melden. Das BAG will nun prüfen, ob Quote und Fälle künftig erfasst werden können. Für die entsprechende Evaluation lässt sich die Behörde allerdings vier Jahre Zeit. [Schweiz — 2/3](#)

SVP will Arbeitszwang für anerkannte Flüchtlinge

Bern Wer in der Schweiz Asyl erhält, soll nur auf Sozialhilfzuschüsse hoffen können, wenn er arbeitet. Die SVP wird in der Frühlingsession mehrere Vorstösse einreichen, mit denen die Gemeinden von Sozialhilfekosten entlastet werden sollen. Konkret will die Partei, dass anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sich gleich nach dem Asylentscheid

eine Stelle suchen müssen. «Abwaschen oder aufräumen kann jeder Mann und jede Frau», sagt Parteichef Toni Brunner. Und Sozialhilfzuschüsse soll nur erhalten, wer zur Zufriedenheit seines Arbeitgebers einer Erwerbstätigkeit nachgeht. «Verhält sich jemand renitent, wird er aufs Existenzminimum gesetzt», sagt Brunner. [Schweiz — 4](#)

Menschheit vor dem grössten Umbruch seit 150 Jahren

Zürich Kein Land der Welt ist auf die beginnende digitale Revolution vorbereitet, auch nicht die Schweiz. Das sagt der Physiker Dirk Helbing, Professor für Soziologie an der ETH Zürich. Die Digitalisierung verändere unsere Gesellschaft in atemberaubender Geschwindigkeit. Der Umbruch sei vergleichbar mit der industriellen Revolution vor 150 Jahren.

«Nichts wird so bleiben, wie es war», glaubt Helbing. Intelligente Computer und Roboter würden den Menschen in rund 50 Prozent der heute bestehenden Jobs ersetzen. Der Umbruch biete die Möglichkeit, unsere Gesellschaft und Wirtschaft neu zu gestalten, «eine Chance, wie sie sich nur alle 100 Jahre bietet», sagt Helbing.

[Gesellschaft — 42/43](#)

Editorial

Keine Prävention kann eine Familientragödie wie in Flaach verhindern

Gestern ist am bayrischen Starnberger See der bekannte deutsche Soziologe Ulrich Beck gestorben. Er wurde bekannt durch seine Theorie über die moderne Risikogesellschaft, die sich zwar einen nie gesehenen Lebensstandard erschaffen konnte, ihn allerdings mit Gefahren erkaufte, die sie nicht beherrschen kann, weil sie schlicht über zu wenig Wissen verfügt – auch wenn dies die Akteure nicht zugeben wollen. Als Beispiel für seine Theorie diente Beck unter anderem die Atomenergie, die für ihn auf einer Technologie beruht, die die Menschheit nicht beherrschen kann, trotz aller Wahrscheinlichkeitsrechnungen, Versicherungsregelungen und Präventionsprogrammen. Und Beck erlebte das, was Soziologen selten passiert: Als die Druck-

«Das Drama wird die Stimmung gegen die Behörde weiter anheizen»

fahnen noch nicht einmal trocken waren, bekam sein Werk mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine dramatische Aktualität.

Als eine Art Versicherung für unser zivilisiertes Zusammenleben sollte eigentlich die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) dienen. Sie muss dann eingreifen, wenn unsere

Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Aber auch hier zeigt sich, dass ein noch so üppig ausgestattetes Präventionssystem eine Familientragödie, wie sie an Neujahr in Flaach passierte, nicht verhindern kann. Ein simples Missverständnis zwischen den Behörden und einer überforderten Mutter führte dazu, dass zwei kleine Kinder sterben mussten.

Das Drama wird die Stimmung gegen die noch junge Behörde, die auch wegen kostspieliger Sozialhilfeentscheide von sich reden machte, weiter anheizen. Was aber bei aller Kritik nicht vergessen werden darf: In Flaach hat eine fehlgeleitete Mutter ihre Kinder ermordet, nicht die Behörden. Und wenn der trauernde Grossvater in einem Brief an die Redaktionen schreibt, die Kinder seien von der Mutter erlöst worden und könnten nun hoffentlich in einer friedlicheren und menschenwürdigeren Welt ohne Kesb leben – und sich das dann auch noch in Hunderten Onlinekommentaren spiegelt –, dann zeugt das von einem Rechtsverständnis, dass an Zynismus kaum mehr zu überbieten ist.

Wenn man das berücksichtigt, dann versteht man eher, dass die Behörden in solch einem Fall gezögert haben, die Kinder in die Obhut der Grosseltern zu geben. Vielleicht suchte Ulrich Beck zu weit, als er von der Risikogesellschaft schrieb, die ihre Technologien nicht versteht. Offenbar verstehen manche nicht einmal den simpelsten Grundsatz des Zusammenlebens: das Recht von jedem Einzelnen auf sein eigenes Leben. Das gilt ganz besonders für Kinder, auch wenn verzweifelte Eltern meinen, sie wüssten es besser.

Arthur Rutishauser, Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Impfquoten des Pflegepersonals und der Ärzte in ausgewählten Schweizer Spitälern*



Unispital Zürich
–Pflegepersonal 15%
–Ärzte 36%



Unispital Basel
–Pflegepersonal 20%
–Ärzte 70%



Inselspital Bern
–Pflegepersonal 23%
–Ärzte 54%



HUG, Genf
–Pflegepersonal 39%
–Ärzte 63%

Wenn die Helfer den Tod bringen

Die tiefe Impfquote beim Personal setzt Spitalpatienten einem grossen Risiko aus. Erstmals liegen Zahlen vor



Mit dem Potenzial zum Töten: Darstellung eines Influenza-Virus
Foto: SPL/Keystone

Titus Plattner, Dominik Balmer

Bern Nach einem Kreislaufzusammenbruch muss Elisabeth Steiner* ins Spital. «Orthostatische Hypotonie», notieren die Ärzte am Genfer Unispital (HUG) in der Krankenakte – ein plötzlicher Abfall des Blutdrucks. Zum Glück spricht die 89 Jahre alte Patientin, die noch zu Hause gewohnt hat, gut auf die Behandlung an. Bald kann sie wieder ohne Schwindel aufstehen. Und den Ärzten gelingt es auch, die Herzprobleme zu kurieren. Elisabeth Steiner genest rasch.

Doch plötzlich befällt die Patientin Fieber. Eine banale Grippe löst gravierende Komplikationen aus. Lunge und Herz werden geschädigt. Die Ärzte müssen Elisabeth Steiner künstlich beatmen. Doch es ist zu spät, sie kann nicht mehr richtig atmen und stirbt an respiratorischer Insuffizienz.

Genau ein Jahr ist es her, seit Elisabeth Steiner ins Unispital Genf kam. Zwei Monate später ist sie an der Spitalgrippe gestorben. Das Erschreckende daran: Bei dieser sogenannten nosokomialen Infektion werden Patienten von den Ärzten, Pflegeleuten oder Besuchern angesteckt. Während der letzten Epidemie 2013/14 starben

allein in Genf 25 Patienten an der Grippe – 18 hatten sich erst im Spital angesteckt.

Professor Andreas Widmer ist Präsident der Infektiologievereinigung Swissnoso. Er schätzt, dass es schweizweit pro Jahr 100 bis 300 nosokomiale Grippefälle gibt. Die Zahl ist hoch: So viele Opfer fordert der Strassenverkehr jährlich. Betroffen sind in erster Linie ältere Menschen, Onkologiepatienten oder Diabetiker. Auch für Neugeborene kann eine Grippe fatal sein.

Allerdings: Ausser Genf erfasst kein Spital systematisch nosokomiale Grippefälle. «Wir haben ein echtes Problem in der Schweiz», sagt Widmer (siehe Interview).

Die Genfer Ärzte fanden während der Epidemie 2013/14 in ihren Kliniken 300 Grippefälle. Davon war die Hälfte im Spital erworben. Um die Infektionen aufzuspüren, betreiben die Ärzte einen

riesigen Aufwand. Sie führten 6000 Abstriche der Nasen- und Rachenschleimhaut durch. Damit lässt sich feststellen, ob Patienten vom Grippevirus befallen sind. «Ich war überrascht vom Ausmass des Problems», sagt die zuständige Ärztin Anne Iten. Man habe vermutet, dass es Fälle gebe, aber bislang hätten Schnelltests gefehlt, um die Viren zu finden.

Impfung des Personals reduziert Grippe-Todesrate

An anderen Spitälern ist die Datenlage schlechter: Jonas Marschall, Leiter der Spitalhygiene am Inselspital Bern, räumt ein: «Daten zu Todesfällen haben wir bislang nicht erhoben.» Ähnlich sieht es am Unispital Zürich aus: Infektiologe Stefan Kuster registrierte in der letzten Grippeperiode gerade mal zwei nosokomiale Fälle mit schweren Komplikationen. Aller-

dings führten die Zürcher nur rund ein Zehntel der Grippefälle durch, die in Genf gemacht werden. Kuster geht von einer Dunkelziffer aus. Das sei vermutlich in allen anderen Spitälern auch so: «Wer intensiver sucht, der findet mehr Fälle.»

Besonders stossend: Viele Fälle liessen sich mit einer Impfung des Personals vermeiden. Eine neue Vergleichsstudie der Zeitschrift «Clinical Infectious Diseases» zeigt, dass sich bei einer guten Durchimpfung des Spitalpersonals die Grippe-Todesrate um 30 Prozent und die grippeähnlichen Fälle um 40 Prozent reduzieren.

Davon sind die Spitäler meilenweit entfernt. Genf kommt immerhin auf eine durchschnittliche Impfquote von 45 Prozent. Geimpfte tragen einen Ansteck-Button, der sie auszeichnet. Wer sich der Spritze verweigert, muss während der Epidemie eine Maske tragen. Fehlverhalten sanktioniert das Spital mit Verwarnungen. In der Deutschschweiz, bei laxeren Regimes, sind die Impfquoten tiefer (siehe Bildstreifen).

Dabei hatte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) einst eine Impfquote beim medizinischen Personal von 70 Prozent angepeilt. Doch der Plan für die Jahre 2008 bis 2012 scheiterte kläglich. In der

Fortschritt im Zürcher Unispital

Das Unispital Zürich will untersuchen, wie sich die Grippeviren im Spital ausbreiten: Infektiologe Stefan Kuster plant, in den Grippeperioden 2015/2016 und 2016/2017 über 1200 Patienten und 180 Spitalangestellte zu beobachten. Ein wichtiges Instrument des Nationalfondsprojekts sind RFID-Chips, die einige Studienteilnehmer auf sich tragen: Bricht die Grippe aus, kann Kuster mithilfe der Chips nachverfolgen, wo sich die infizierten Personen aufgehalten und allenfalls angesteckt haben.



Luzern
–Pflegepersonal 6%
–Ärzte 38%



Walliser Spitalnetz
–Pflegepersonal 27%
–Ärzte 50%



CHUV, Lausanne
–Pflegepersonal 28%
–Ärzte 45%



Zug
–Pflegepersonal 10%
–Ärzte 43%



St. Gallen
– Personal medizinisch-
technischer Bereich 20%



Hirslanden-Kliniken
–gesamtes Personal 16%

*die jeweils neusten verfügbaren Zahlen: Jahre 2012/13, 2013/14, 2014/15; Fotos: Keystone (2), Urs Jaudas (1)



18 Todesfälle
wegen der
Spitalgrippe
2013/14: Genfer
Uniklinik

Foto: Fred Merz/Rezo

Schweiz ist das medizinische Personal nach wie vor sehr impffindlich. Zwischen 2011 und 2013 sank die durchschnittliche Quote sogar von 22 auf 19 Prozent.

Die Experten vom BAG haben resigniert. In der neuen Strategie 2015 bis 2018, Ende Dezember verabschiedet, hütet sich die Behörde davor, Ziele vorzugeben. «Das bringt nichts, wenn wir schon zum Voraus wissen, dass wir die Quoten nicht erreichen», sagt Roger Staub, Co-Leiter der Sektion Prävention und Promotion. So will das BAG im neuen Programm für die nächsten vier Jahre erst einmal bessere Daten erheben.

In diesen vier Jahren wird sich wenig ändern. Der Schutz der Patienten in den meisten Spitälern wird ungenügend bleiben.

Das Luzerner Kantonsspital hat aktuell eine Impfquote beim Pflegepersonal von nur 6 Prozent und von 38 Prozent bei den Ärzten. Es gibt keine Pflicht für Ungeimpfte, während der Epidemie eine Maske zu tragen – auch nicht auf Risikoabteilungen. Eine solche Pflicht werde laut Spitalhygieniker Marco Rossi erst bei einer «heftigen Grippeepidemie» verlangt.

Rossi weist darauf hin, dass eine gute Handhygiene und das Isolieren von infizierten Patienten eben-

falls wichtig seien, um Ansteckungen zu vermeiden. Trotzdem wünscht er sich eine höhere Quote. Keine leichte Aufgabe: Die Zentralschweiz gilt als extrem impffindlich. Ob es sogar Tote gibt wegen nosokomialen Grippefällen in Luzern? Rossi weiss es nicht. Das werde bislang nicht erfasst, sagt er. «Wir überlegen uns aber, dies in Zukunft systematisch zu tun.»

Fürs Impfen gibts Geschenke oder sogar Bares

Wie in den meisten anderen Spitälern auch gilt in Luzern die einzige Regel: Wer Grippe Symptome hat, wird gebeten, zu Hause zu bleiben. Das betrifft auch Besucher, die ebenfalls Viren einschleppen können. Allerdings genügt das kaum. Verschiedene Studien zeigen, dass das Virus bereits 48 bis 24 Stunden vor dem Auftreten erster Symptome präsent ist und wohl auch übertragen wird.

Fast jedes Spital animiert das Personal dazu, sich zu impfen. Die Angestellten können sich zum Teil beim Essen in der Kantine impfen lassen, sodass sie kaum Zeit verlieren. Zusätzlich erhalten sie Kaffee- oder Essensgutscheine und Geschenke wie Lotterielose und Regenschirme. Einige Kliniken im Unispital Bern locken gar mit Geld.

Alles vergebens. Studien und Umfragen zeigen, dass ausgerechnet Pflegeschwestern den Nutzen der Impfung anzweifeln. Der Grund: Trotz der Spritze werden sie krank, sie meinen daher, die Impfung wirke nicht. Doch sie verwechseln bloss eine virale Erkältung mit der Grippe. «Mir scheint, dass gerade das Pflegepersonal solche Denkfehler begeht», sagt Thomas Münzer, Präsident der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie. Da nützen auch Expertenmeinungen nichts: Laut dem BAG senkt eine Impfung bei gesunden Erwachsenen unter 50 Jahren das Risiko, an Grippe zu erkranken, in der Regel um bis zu 90 Prozent.

Wie erbittert der Kampf gegen die Impfung geführt wird, zeigt sich beim Hebammenverband (SHV). Dieser gibt keine Empfehlung für die Impfung heraus – er versorgt bloss die Mitglieder mit Informationen des BAG. Doch allein damit provoziert der SHV laut Präsidentin Barbara Stocker bei den Mitgliedern «ablehnende Reaktionen». Von Buttons für das Personal, wie sie Genf oder Basel kennen, will die oberste Hebamme der Schweiz nichts wissen. Um ihr Missfallen auszudrücken, bemüht sie den Nationalsozialismus: Solche Buttons erinnerten «an ver-

gangene, unschöne Zeiten». Ähnlich brachial lässt sich Barbara Gassmann, Vizepräsidentin des Pflegepersonalverbands SBK, zitieren: Sie spricht von «dunklen Zeiten des letzten Jahrhunderts».

Doch es sterben Menschen an der Grippe, mit der sie sich im Spital angesteckt haben. Und nicht immer sind alte Menschen wie Elisabeth Steiner betroffen. Vor einigen Jahren hatte eine nosokomiale Grippeepidemie auf einer Neonatologie im kanadischen Ontario tragische Folgen: 19 von 54 Neugeborenen infizierten sich. Ein Säugling starb. Nur jede zehnte Pflegefachfrau war geimpft. Und trotz Grippe Symptomen arbeitete die Mehrheit des Personals weiter.

Solche Fälle kennt auch Ulrich Heininger, Professor und leitender Arzt der Infektiologie am Uniklinikspital beider Basel. Wegen der tiefen Impfquote seines Personals ist er «konstant besorgt». Glücklicherweise hat er in den letzten sechs Jahren auf seiner Abteilung nur einen einzigen Grippe-todesfall eines Säuglings zu beklagen. Aber wenn die Impfquote so tief bleibt, dürfte es kaum der letzte sein.

Fokus — 19

*Name geändert
recherchedesk@sonntagszeitung.ch

«Wir könnten Todesfälle vermeiden»

Andreas Widmer ist Präsident der Infektiologievereinigung Swissnoso

Jedes Jahr sterben Patienten, weil sie sich in einem Schweizer Spital mit der Grippe infizieren. Wie häufig kommen solche Ansteckungen vor?

Wir haben ein echtes Problem in der Schweiz. 100 bis 300 im Spital erworbene Grippe-todesfälle im Jahr scheinen für mich eine realistische Schätzung zu sein. Aber das Unispital Genf ist die einzige Institution, die dazu systematisch Zahlen erfasst.

Könnten Todesfälle vermieden werden, wenn sich das Spitalpersonal vermehrt impfen liesse?

Zweifellos. Leider werden in der Diskussion simpliste wissenschaftliche Erkenntnisse missachtet. Wir haben es mit viel Fundamentalismus und Irrationalität zu tun. So zeigen Befragungen am Unispital Basel, dass heute immer noch ein Drittel des Spitalpersonals glaubt, im Impfstoff habe es Aluminium. Das war früher der Fall, ist es aber längst nicht mehr.

Die Unispitäler Genf und Lausanne zwingen ungeimpftes Personal, in der Grippezeit eine Maske zu tragen. Zudem tragen geimpfte Angestellte Buttons an den Kleidern, die sie auszeichnen. Was halten Sie davon?

Ein solches Modell schützt die Patienten, daher wäre es gut, wenn es schweizweit gälte. Dafür müsste der Bund eine entsprechende Weisung herausgeben. Besonders in der Deutschschweiz erreichen wir mit freiwilligen Massnahmen zu wenig – maximal sind Impfquoten von 35 Prozent möglich. Wir wissen aber, dass es für einen effektiven Schutz eine Impfquote von 50 Prozent bräuchte. Liegt die Quote tiefer, kann sich das Grippevirus immer noch in genügend grosser Zahl reproduzieren.

Foto: Keystone



«Wer schwache Patienten betreut, muss sich impfen lassen.»

Vor allem beim Pflegepersonal und bei den Hebammen sind die Quoten sehr tief. Aber von einer generellen Maskenpflicht und Buttons wollen deren Verbände nichts wissen. Sie rücken das Modell in die Nähe des Nationalsozialismus.

Wenn Sie auf einer Baustelle arbeiten und keinen Helm tragen, werden Sie entlassen. Wenn Sie in der Computerindustrie ohne Schutzkleidung einen sterilen Raum für die Chip-Produktion betreten, werden Sie auch entlassen. Ich verstehe nicht, warum Schutzmassnahmen im Spital diskriminierend sein sollen – schliesslich geht es um Patienten, um Leben und Tod. In Neuseeland gibt es Spitäler, die beim Ausfall ihrer Angestellten in der Grippezeit einen Test machen: Zeigt sich, dass sie an der Grippe und nicht an einem anderen Virus erkrankt sind, zieht das Spital die Absenzen von den Ferien ab.

Wir sind bald in der Grippezeit. Trotzdem kann das Personal in gewissen Spitälern ungeimpft und ohne Maske in Kontakt mit den Patienten arbeiten. Sogar in der Neonatologie oder der Onkologie.

Für Hochrisikoabteilungen befürworte ich ein Impfpflichtgesetz. Wer besonders schwache Patienten betreut, muss sich impfen lassen. Wir haben heute in der Medizin die absurde Situation, dass wir einem 65-Jährigen zwar ein neues Hüftgelenk einsetzen, er aber an der Grippe sterben kann, weil in seinem Alter dieses Risiko hoch ist.

Dominik Balmer

Ärzte und Pflegefachkräfte als Totengräber

Dominik Balmer über Helfer in den Spitälern, welche die Grippeimpfung verweigern und so Patienten anstecken – mit tödlichen Folgen

Für das Luzerner Kantonsspital ist eine Grippezeit kein Grund zur Sorge. Ärzte und Pflegepersonal kümmern sich wie gewohnt um die Patienten: auf der Geriatrie, der Onkologie oder der Neonatologie. Die Angestellten tragen in der Regel keine Masken. Auch geimpft ist kaum jemand – in Luzern nur jede 17. Pflegefachfrau.

Das ist keine Ausnahme; in den meisten anderen Schweizer Spitälern läuft es ähnlich. Mit verheerenden Folgen: Die Ärzte und Pflegefachleute verbreiten Grippeviren. Gerade für Patienten auf Risikoabteilungen wie der Onkologie oder der Neonatologie kann die vermeintlich banale Krankheit fatale Folgen haben.

Neue Zahlen zeigen, dass in der Schweiz jedes Jahr bis zu 300 Patienten an der Grippe sterben, mit der sie sich im Spital angesteckt haben. Dass Ärzte und Pflegefachleute Viren übertragen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Ausgerechnet die Menschen, die heilen und helfen wollen, tragen zum Tod ihrer Patienten bei.

Für die mustergültige Schweiz sind die Zahlen beschämend. Das Land investiert Milliarden in die Volksgesundheit, ist aber nicht in der Lage, simple Regeln für die Sicherheit der Spitalpatienten durchzusetzen. Wie man es besser machen könnte, zeigt das Unispital Genf: Wer sich dort nicht impft, muss in der Grippezeit eine Maske tragen. Bei Missachtung spricht die Direktion Verwarnungen aus.

Trotz dieser Regeln verzeichnete Genf in der letzten Epidemie 20 Spitalgrippe-Tote. Keine andere Klinik erfasst die Fälle so detailliert. Daher ist davon auszugehen, dass die Gesamtzahl schweizweit massiv höher ist.

Doch viele Spitäler ignorieren das Problem. Oder sie haben nicht den Mut, strengere Regeln durchzusetzen. Zum Teil schwingt die Angst mit, dass die Angestellten abwandern könnten. Der ausgetrocknete Arbeitsmarkt gerade in der Pflege verleiht dem Personal Macht. Das zeigt sich auch an den Nazivergleichen, mit denen Personalverbände operieren: Zu den Ansteck-Buttons, die das geimpf-



Illustration: Kornel Stadler

te Personal in Genf trägt, heisst es beim Pflegepersonalverband: «Das erinnert an dunkle Zeiten des letzten Jahrhunderts.» Das ist völlig deplatziert: Gerade im Gesundheitswesen müsste jede Initiative, die nur einen einzigen Tod vermeiden will, unterstützt werden.

Es wäre am Bundesamt für Gesundheit (BAG), das Genfer Modell für alle Spitäler durchzuset-

«Von präventiven Massnahmen zum Schutz der Patienten fehlt momentan jede Spur»

zen. Denn es hat den Vorteil, dass es weniger weit geht als ein Impfpflichtgesetz für medizinisches Personal, trotzdem aber einen Schutz bietet – und zwar auch gegen andere als nur Grippeviren. Natürlich wäre eine Impfquote von 100 Prozent beim Spitalpersonal wünschenswert: Doch solange in der Debatte Ignoranz und heuchlerische Naturverbundenheit vorherrschen, ist ein Obligatorium aussichtslos. Da nützt es auch nichts, zu betonen, hohe Impfquoten an Spitälern würden Kosten senken. Denn wer geimpft ist, fällt in der Grippezeit nicht aus.

Das BAG müsste nun argumentativ aufrüsten – wie es die Gesundheitsbehörden in den USA und in Frankreich machen, wo Grippefälle und Impfquoten des Spitalpersonals erfasst und veröffentlicht werden. Doch das BAG wählt den behutsamen Weg: Man will nun erst mal prüfen, ob Zahlen wie in den USA und Frankreich überhaupt erfasst werden sollen. Dieser Prozess dauert vier Jahre.

Von präventiven Massnahmen zum Schutz der Patienten fehlt jede Spur. Das ist irritierend. Das BAG sollte sich den gefährdeten Patienten verpflichtet fühlen und nicht den Empfindlichkeiten des Spitalpersonals. **Schweiz — 2/3**



Dominik Balmer
Recherchedesk

Medienmacher

Mehr als eine Suchmaschine

Wann wird Google disruptiert?, wurde Christoph Keese kürzlich gefragt, früherer Chefredaktor der «Welt am Sonntag» und heutiger Vizepräsident des Axel-Springer-Verlags. Die Frage ist deshalb unerhört, weil die Internet-suchmaschine in den letzten bald zwei Dekaden selber Disruptor vieler Branchen war, im Speziellen der Medienbranche. Disruption zerstört und ersetzt Strukturen. Der Wechsel von CDs auf Online-Musik-Dienste wie Spotify ist Disruption, im Gegensatz etwa zum Wechsel von der LP auf die CD.

Wann also ist Google an der Reihe? Christoph Keese beantwortete die Frage mit einer Behauptung: Die Internetsuchmaschine erlebe gerade ihre Disruption. «Facebook tut es, indem sein Algorithmus den Teilnehmern auch Inhalte liefert, nach denen sie nie gesucht haben.» Tatsächlich ist Google aber heute mehr als eine

Suchmaschine. Der Internet-Gigant baut digitale Karten, Smartphone-Software, Uhren, Kontaktlinsen, die den Blutzucker regulieren, sogar fliegende Autos.

Gegenüber Facebook haben einheimische Verlage einen Vorsprung

Wer mit Facebooks überarbeitetem Algorithmus angegriffen wird, ist vielmehr erneut die Medienbranche. Den Lesern und Nutzern überraschende Inhalte zu liefern, solche, die sie nicht erwartet haben, ist etwas vom wenigen, was von der Geschäftsidee der traditionellen Medienunternehmen übrig geblieben ist.

Dennoch könnten die Facebook-Pläne den gebeutelten Verlagen Mut machen. Für das soziale Online-Netzwerk stehen nicht mehr das Nutzerverhalten, sondern deren Eigenheiten, deren Identität im Fokus. Nur wenn Facebook diese ganz genau kennt, kann es ihre Nutzer mit Inhalten überraschen.

Wie gut sich Identitäten mit Algorithmen filtern lassen, muss sich weisen. Was klar ist: Gegenüber Facebook haben einheimische Verlage einen grossen Vorsprung. Es gibt kaum Orte, wo mehr Kenntnisse über die Identität eines Landes oder einer Region angehäuft werden, als auf Redaktionen. «Blick», «Tages-Anzeiger», nach der missglückten Wahl des Chefredaktors sogar die NZZ, wissen, wie die Schweizer ticken oder welche Eigenarten die Berner, Basler oder Zürcher haben.

Der Branche fehlte bisher einzig die Experimentierfreudigkeit, diesen Wissensschatz in Bares umzumünzen. Vor allem aber fehlte das Selbstbewusstsein, an Visionen zu glauben. Möge sich dies 2015 ändern.

Barnaby Skinner
Datenjournalist

medienmacher@sonntagszeitung.ch

Rau

Fertig mit der Porno-Politik!



In meiner Kindheit in den 80ern, also noch nicht vor allzu langer Zeit, war die Schweizer Politik die Heimat protestantischer Tugenden. Die Angst vor Peinlichkeit regierte noch das mickrigste Stadtparlament, und Politiker waren vor allem dazu da, um in Hinterzimmern knochentrockene Verordnungen zu debattieren. Es war eine langweilige, fast an den Islamischen Staat erinnernde Epoche: Politikerinnen trugen verhüllende, glockenartige Kleider. Politiker hatten Bärte und Glätzen.

Der mediale Höhepunkt dieser geradezu unwirklich scheinenden Jahre war es, als Bundesrätin Kopp aus dem Bundeshaus ihren Mann anrief – um ihm ein paar Insiderinfos weiterzugeben. Oder als Bundesrat Ogi in einer Rede den Schweizer Bürgern Energiespar-Tipps zum morgendlichen Eierkochen gab. Ich erinnere mich, wie meine Grossmutter wochenlang schlecht gelaunt war wegen dieses ihres Erachtens unerträglichen Eingriffs in ihre Privatsphäre.

Heute kommt einem das vor wie eine Erzählung aus der medialen Steinzeit. Wen interessieren noch Insiderinfos und Frühstückstipps? Um 2015 einen Shitstorm auszulösen, müsste Elisabeth Kopp ihrem Mann aus dem Bundeshaus monatelang im Akkord Nackt-Selfies schicken. Und der arme Adolf Ogi wiederum müsste sich sein berühmtes Frühstücksei wohl anal einführen, damit es meine Grossmutter überhaupt zur Kenntnis nehmen würde.

Es ist eine Tatsache: Die mediale Reizschwelle ist derart gestiegen, dass nicht einmal mehr Lokalpolitiker eine ruhige Kugel schieben können. Konnte der grossartige Cédric Wermuth vor wenigen Jahren noch mit einem Joint für Furore sorgen, so sind unsere Provinzmagistrate 2015 gezwungen, sogar in der weihnachtlichen Sauregurkenzeit parteiübergreifende Sexorgien zu veranstalten – in eben den Hinterzimmern, in denen ihre Vorgänger noch ganz entspannt miteinander debattieren durften!

Auch noch der verkrampfteste Hinterbänkler ist heutzutage einem derart gnadenlosen Porno-Diktat unterworfen, als wäre er Teilnehmer einer RTL-Castingshow. Als zutiefst alarmierter Beobachter dieser Vorgänge bleibt mir nur, ein berühmtes Zitat aus der Zeit der politischen Kommunikation hervorzukramen: «Mister Gorbachev, tear down this wall!» Ronald Reagan rief es 1987 seinem sowjetischen Amtskollegen zu, worauf dieser unverzüglich die Berliner Mauer niederreissen liess.

Ich aber rufe das Gleiche den Schweizer Medienschaffenden zu: Befreit unsere Politiker aus dem Big-Brother-Haus! Lasst sie wieder so langweilig sein, wie sie es doch eigentlich sind!

Milo Rau ist Theaterautor, Regisseur und Essayist